



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan, Tim Pargent, Ursula Sowa, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2023;
hier: Hochschulbau beschleunigen
(Kap. 09 40 Tit. 422 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 09 40 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) von 87.897,1 Tsd. Euro um 5.000,0 Tsd. Euro auf 92.897,1 Tsd. Euro erhöht.

Mit den zusätzlichen Mitteln werden 50 Stellen der BesGr. A 13 (Bauräte, Baurätinnen) neu ausgebracht. Die zusätzlichen Stellen dienen der Beschleunigung von staatlichen Planungs- und Bauverfahren, insbesondere im Hochschulbau.

Der Stellenplan wird entsprechend geändert.

Begründung:

Im Bereich des staatlichen Hochschulbaus kommt es immer wieder zu Engpässen nicht nur bei der Finanzierung, sondern auch bei der Bearbeitung von Bauanträgen. Die staatliche Bauverwaltung soll daher mit zusätzlichen Stellen ausgestattet werden, um die schnellere Realisierung von Bauprojekten voranzubringen.